

# Landkreis Kassel

## Ausschuss für Soziales

Wilhelmshöher Allee 19 – 21, 34117 Kassel

Tel.: 0561-1003-0

Kassel, 07.03.2018

---



### Niederschrift

**der 8. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales**  
(Wahlzeit 2016 - 2021)

**am Freitag, 02.03.2018**  
**von 15:00 Uhr bis 15:45 Uhr**

**Ort: Kreishaus Kassel, Großer Sitzungssaal,**  
**Wilhelmshöher Allee 19-21, 34117 Kassel**

Zu der heutigen Sitzung wurden mit Schreiben des Ausschussvorsitzenden Herrn Denn vom 13.02.2018 eingeladen:

- die Mitglieder des Ausschusses für Soziales
- der Kreistagsvorsitzende
- die Damen/Herren stellv. Kreistagsvorsitzende
- die Mitglieder des Kreisausschusses
- Vertreter/innen der Fraktionen nach § 62 (4) Satz 2 HGO
- der Vertreter des Ausländerbeirates
- der Vertreter des Seniorenbeirates
- der Vertreter/die Vertreterin des Kreisschülerrates

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung wurden am 23.02.2018 in der Tageszeitung „Hessische/Niedersächsische Allgemeine“ – Ausgaben Kassel, Hofgeismar und Wolfhagen – öffentlich bekannt gemacht.

II. An der Sitzung nehmen teil:  
Siehe Aufstellung am Ende der Niederschrift

### III. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird um 15:00 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Denn, eröffnet.  
Er stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben

## **Tagesordnung:**

- TOP 1**      **Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2018 betr. „Inkasso von Unterhaltsvorschuss“  
Vorlage: 2018/0771**
- TOP 2**      **Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2018 betr. „Sicherung gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum“  
Vorlage: 2018/0775**
- TOP 3**      **Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Familienzusammenführung im Landkreis beschleunigen“  
Vorlage: 2018/0780**
- TOP 4**      **Mitteilungen, Anfragen, Verschiedenes**

## Abhandlung der Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil:**

**TOP 1      Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2018 betr. „Inkasso von Unterhaltsvorschuss“  
Vorlage: 2018/0771**

#### Vorbemerkungen:

Zunächst begründet die Vertreterin der antragstellenden Fraktion den Antrag.

Frau EKB Selbert teilt mit, dass der Antrag als unzulässig einzustufen ist, da es sich um eine Länderaufgabe handele, die explizit den Jugendämtern übertragen sei. Eine Verlagerung auf Externe sei nicht zulässig. Außerdem sei die Rückholquote im Landkreis überdurchschnittlich und habe für 2017 23,29 % betragen (Landesdurchschnitt: 16,12 %).

Seitens der CDU-Fraktion wird der Antrag dann bis zur Kreistagssitzung zurückgestellt.

**TOP 2      Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2018 betr. „Sicherung gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum“  
Vorlage: 2018/0775**

#### Vorbemerkungen:

Die Vertreterin der antragstellenden Fraktion erläutert den Antrag.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion unterstützt werde, die Ergänzung um Punkt 2 des mit Antrag vom 19.02.2018 eingebrachten Ergänzungsantrages werde befürwortet.

Ferner wurde der Änderungsantrag der FW-Kreistagsfraktion vom 01.03.2018 erörtert. Nach Abschluss der Beratungen beschließen die Ausschussmitglieder auf Vorschlag des Vorsitzenden, über alle drei Anträge gemeinsam abzustimmen.

#### Abstimmungsergebnis:

<b>Ja:</b>	<b>7</b>
<b>Nein:</b>	<b>0</b>
<b>Enthaltung:</b>	<b>4</b>
<b>Kenntnisnahme:</b>	

#### Beschlussfassung:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KV) dafür einzusetzen, dass die KV ihrem Sicherstellungsauf-

trag für die ambulante medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärker nachkommt.

2. Ein Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung wird gebeten, im Sozialausschuss über die Situation der ärztlichen Versorgung im Landkreis zu berichten.
3. Außerdem wird der Kreisausschuss beauftragt, sich bei der Kassenärztlichen Vereinigung dafür einzusetzen, dass diese überprüft, ob das „Thüringer Modell“ geeignet ist, den Missstand der medizinischen Unterversorgung im Landkreis zu mildern.

**TOP 3      Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.02.2018 betr. „Familienzusammenführung im Landkreis beschleunigen“  
Vorlage: 2018/0780**

**Vorbemerkungen:**

Der Vertreter der antragstellenden Fraktion begründet ausführlich den Antrag. Frau EKB Selbert und der Ausschussvorsitzende erläutern, dass die Stadt Kassel Trägerin der gemeinsamen Ausländerbehörde ist und die Zuständigkeit dort bzw. beim Regierungspräsidium liege.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Ja:</b>	<b>7</b>
<b>Nein:</b>	<b>4</b>
<b>Enthaltung:</b>	<b>0</b>
<b>Kenntnisnahme:</b>	

**Beschlussfassung:**

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel dankt allen ehrenamtlich sowie hauptberuflich engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf Kreisebene für geflüchtete Menschen einsetzen. Sie werden ermutigt, weiterhin für ein friedliches Miteinander mit Offenheit und Respekt aktiv zu bleiben.
2. Der Kreistag fühlt sich dem Schutz von geflüchteten Familien in besonderer Weise verpflichtet. Die Kreisverwaltung, insbesondere die Ausländerbehörde werden deshalb ausdrücklich gebeten, alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Familienzusammenführung geflüchteter Menschen zu erleichtern und zu beschleunigen.

**TOP 4      Mitteilungen, Anfragen, Verschiedenes**

**Vorbemerkungen:**

Frau Selbert teilt mit, dass es aus Ihrer Sicht nichts mitzuteilen gibt. Sie beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder und sagt zu, dass in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses aktuelle Informationen über den Stand der Schulsozialarbeit gegeben werden.

Der Ausschussvorsitzende und die Ausschussmitglieder danken Frau EKB Selbert für die angenehme Zusammenarbeit.

gez.

Denn  
Ausschussvorsitzender

Pape  
Schriftführerin

**Teilnehmerverzeichnis:**

Teilnehmer	Fraktion	Bemerkung
------------	----------	-----------

**Anwesend:****Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Klaus Albrecht	DIE LINKE.	Vertreter für Frau Dr. Knoche
Stefan Denn	SPD	
Tobias Geismann	SPD	Vertreter für Herrn Brück
Anna-Lena Habel	CDU	
Hartmut Lind	CDU	
Trudi Michelsen	SPD	
Michael Moses-Meil	AfD	
Christiane Nickel	SPD	
Anna-Maria Schölch	CDU	
Oliver Reza Ulloth	SPD	
Monika Woizeschke-Brück	B90/DIE GRÜNEN	Vertreterin Für Frau Regier

**Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)**

Leonardo Ciuffreda	IWG	
Wolfram Meibaum		
Jutta Rüdtenklau	CDU	
Burkhard Schneider Freiherr von Lepel	CDU	
Susanne Selbert	SPD	
Helmut von Zech	FDP	

**Verwaltung**

Elke Pape		
-----------	--	--

**Gäste**

Helga Pflieger	SPD	
Timo Storch	SPD	

**Abwesend:****Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Walter Brück	SPD	
Dr. Stephanie Knoche	DIE LINKE.	
Susanne Regier	B90/DIE GRÜNEN	

**Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)**

Thomas Ackermann	B90/DIE GRÜNEN	
Matthias Berghaus	FDP	
Irmgard Croll	FW	
Uta Erdmann	SPD	
Burkhard Finke	SPD	
Andreas Flinsch	AfD	

Heidrun Gottschalk	SPD	
Andreas Güttler	SPD	
Juanita Hille-Kleij	DIE LINKE.	
Birgit Kaiser-Wirz	CDU	
Paul Kirchner		
Arno Meißner	CDU	
Cono Morena	SPD	
Christa Oehler	SPD	
Uwe Schmidt	SPD	
Bettina Schröder	SPD	
Christian Strube	SPD	
Wilfried Wehnes	SPD	
Ute Wolfram-Liese	SPD	